

Medienmitteilung

Bern, 21. April 2009

Die FMH zum Runden Tisch mit Bundesrat Pascal Couchepin, GDK, santésuisse und H+

Finanzierung des Gesundheitswesens fordert Umdenken

Weil nächstes Jahr die Prämien besonders stark steigen müssten, hat Bundesrat Pascal Couchepin und das BAG in Eile eine Arzttaxe von 30 Franken sowie voraussichtlich die Senkung der Marge für Medikamente vorgeschlagen. Dies ist für die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte der falsche Weg. Vielmehr gilt es, mehrheitsfähige Lösungen für eine dauerhafte Finanzierung des Gesundheitswesens zu finden und das heutige Finanzierungssystem grundsätzlich zu überdenken. Denkbar ist etwa, hohe Franchisen und Billigkassen zu streichen. Hingegen sind Managed Care-Modelle und Ärztenetzwerke mit Anreizen zu fördern. Die FMH möchte den Dialog fördern mit den Partnern im Gesundheitswesen und so gemeinsam getragene Lösungen finden. Nur so ist möglich, dass die Gesundheitsversorgung qualitativ gut bleibt und alle Menschen die medizinisch notwendige Unterstützung in Anspruch nehmen können.

Zum heutigen Runden Tisch hat Pascal Couchepin als Vorsteher des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) neben der FMH auch die GDK, H+ und santésuisse eingeladen. Im Zentrum steht mit dem diesjährigen Prämienanstieg die Finanzierung des Schweizer Gesundheitswesens. Die FMH plädiert für ein grundsätzliches Umdenken im Gesundheitswesen. «Es ist eine Illusion zu glauben, dass man die Aufwendungen im Gesundheitswesen vermindern kann, schaut man etwa die Entwicklung der Demographie und der medizinischen Technologie an», meint Jacques de Haller, Präsident der FMH, «hingegen müssen wir den Kostenanstieg langfristig moderat halten, damit alle Zugang zu einer qualitativ hochstehenden ärztlichen Versorgung haben, wenn sie sie brauchen.» Aus Sicht der FMH kann das Gesundheitswesen nur mittels einer solidarischen und sozial tragbaren Finanzierung funktionieren.

Deshalb hat die FMH vorgeschlagen, die höchsten Franchisen zu streichen und die Billigkassen abzuschaffen. Ebenso kann sich die FMH vorstellen, das heutige Prämiensystem grundsätzlich zu überdenken und allenfalls eine Finanzierungsform zu finden, die stärker soziale Aspekte berücksichtigt. Darüber hinaus sieht die FMH in einer «Notfallstation-Gebühr» oder mit einer Erhöhung des Selbstbehalts einen Anreiz, dass Patienten, die wegen einer Kleinigkeit eine Notfallstation eines Spitals aufsuchen, sich zuerst an einen Hausarzt wenden. Neben der kritischen Überprüfung der Medikamentenpreise ist es aus Sicht der FMH längst überfällig, dass die Politik

zukunftsweisende Modelle wie Managed Care und Ärztenetzwerke durch entsprechende Anreize für Patienten und Ärzte fördert.

Inakzeptabel ist für die FMH die Arzttaxe von 30 Schweizer Franken, wie sie vom BAG vorgeschlagen wurde: Es ist der falsche Weg, wenn alle Patienten – auch aus sozial schwachen Einkommensschichten – zuerst Geld auf den Tisch legen müssen, bevor sie mit einem Arzt sprechen dürfen. Zudem ist zu befürchten, dass eine solche Arzttaxe sich gar gegenteilig auswirkt: Verhindert sie einen rechtzeitigen Arztbesuch, kann eine zu spät begonnene Behandlung sehr viel teurer zu stehen kommen.

Mit dem Ärztetarif TARMED handeln die FMH und santésuisse gemeinsam die Bezahlung ärztlicher Leistungen aus. Damit ist aus Sicht der FMH die bestmögliche Voraussetzung gegeben, dass die Vertragspartner faire Tarife aushandeln. Völlig undenkbar ist für die FMH der Vorschlag, dass die Bundesverwaltung zukünftig den TARMED mitgestaltet mit dem Ziel, die Tarife zu senken. Gerade im TARMED hat die Ärzteschaft bewiesen, dass sie wesentlich zur Kostenstabilisierung beiträgt: Zum einen waren die Tarife während insgesamt drei Jahren nach seiner Einführung eingefroren und somit kostenneutral. Zum anderen ist das Einkommen von Ärztinnen und Ärzten im gesellschaftlichen Realvergleich seit Jahren rückläufig. Eine Senkung der wenigen hohen Einkommen von Spezialisten ist mit dem TARMED nicht möglich, weil diese Ärzte ihr Einkommen hauptsächlich aus dem Zusatzversicherungsbereich über Halbprivat- und Privatpatienten im Spital generieren oder über die Erbringung von Nichtpflichtleistungen.

Die FMH ist überzeugt, dass es vermehrt eine gemeinsame Sicht der wichtigen Player braucht für ein funktionierendes Gesundheitswesen. Sie setzt sich deshalb dafür ein, dass der begonnene Dialog fortgesetzt wird.

Auskunft:

Jacqueline Wettstein, Leitung Kommunikation FMH
Tel. 031/359 11 50, E-Mail: jacqueline.wettstein@fmh.ch